

OHG-Anbau soll vierte Etage bekommen

Politik ist sich einig und legt gleich mehrere Anträge für die nächste Ratssitzung vor

Von Tobias Christ



Die Parteien im Rat der Stadt Göttingen wollen eine Aufstockung des geplanten OHG-Anbaus. Foto: Christina Hinzmann

Göttingen. Es kommt selten vor, dass sich die Ratsfraktionen einig sind: Doch dies ist beim geplanten Erweiterungsbau des Göttinger Otto-Hahn-Gymnasiums (OHG) der Fall. Dieser soll um eine vierte Etage aufgestockt werden. Entsprechende gemeinsame Anträge zur nächsten Ratssitzung am 18. Februar liegen von CDU, SPD und FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen und der Volt- und Partei-Ratsgruppe und noch einmal von der FDP vor. „Für die in Kürze geplante Ausschreibung für den Erweiterungsneubau am Otto-Hahn-Gymnasium ist es jetzt ratsam, das vierte Stockwerk in die Planungen einzubeziehen, um den langfristigen Raumdefiziten entgegenzuwirken“, heißt es im gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, die bisherigen Planungen um

ein viertes Stockwerk zu ergänzen – der Schulstättenentwicklungsplan sei demnach zu aktualisieren. Ferner solle die Verwaltung die erforderlichen städtischen Finanzmittel in den kommenden Haushaltsjahren bereitstellen, Planungskosten seien ebenfalls abzubilden. Und: Das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren soll zeitnah umgesetzt werden, heißt es.

„Wir brauchen die vierte Etage“

„Das freut uns sehr“, sagt OHG-Schulleiterin Rita Engels. „Wir haben absolut immensen Bedarf und brauchen die vierte Etage.“ Der Bedarf an weiteren Räumen am OHG sei „seit etlichen Jahren angemeldet“ und die zunehmende Schülerzahl habe die Situation zudem verschärft, heißt es im Antrag weiter. Engels erläutert: Der Erweiterungsbau sei seit 2017 geplant und auch vonseiten der Politik befürwortet worden. Längsseitig am bestehenden vierstöckigen Schulgebäude soll der Anbau entstehen, geplant waren vor fast fünf Jahren bereits 23 Klassenräume, eine Mensa und ein Mehrzweckraum. Doch 2020 „wurde aus Kostengründen der Plan auf drei Etagen beschnitten“, berichtet Engels. Nun also die Rückkehr zu den ursprünglichen Plänen – das bedeutet also zukünftig 23 neue Klassenräume statt nur 15.

Es sei zwar eine Interimslösung mit der Unterrichtung in Containern oder in den benachbarten Berufsbildenden Schule gefunden worden, diese sei jedoch ebenfalls mit Ausgaben von städtischen Haushaltsmitteln verbunden und stelle keine dauerhafte Lösung dar. „Es wäre ein Sparen am falschen Ende, wenn die dauerhaften Bedarfe der räumlichen Ressourcen nicht gedeckt werden“, heißt es vonseiten CDU, SPD und FDP. Zu den Kosten äußern sich die Grünen in ihrem Antrag: Diese seien 2021 mit einer Million Euro beziffert worden und „dürften mittlerweile bei zirka 1,5 Millionen Euro liegen, wenn man Baupreissteigerungen einberechnet“.

Die Mehrkosten stünden jedoch in keinem Verhältnis zu den Kosten, die für eine spätere Aufstockung oder einen Umbau entstehen würden. Weiterhin seien die Einsparungen durch den Wegfall einer dauerhaften Anmietung von sieben zusätzlichen Unterrichtsräumen in den BBS II (Stand Januar 2020 etwa 54 000 Euro pro Jahr) und der Wegfall der vier Klassenräume in Containern gegenzurechnen.

„Der Baubeginn am OHG lässt weiterhin auf sich warten. Aber gewartet hat die Schule mittlerweile lange genug. Es muss endlich losgehen“, sagt Suse Stobbe, Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen und Mitglied im Schulausschuss. Das OHG benötige neben einer eigenen Mensa und einem Mehrzweckbereich insgesamt 22 neue Klassenräume. „Das bedeutet, das vierte Stockwerk muss entstehen.“ Alles andere würde die wirklichen Bedarfe der Schule nicht berücksichtigen und „es macht keinen Sinn“, diese nicht von vornherein mitzudenken, so Stobbe.

Außerdem sei ein weiteres Aufschieben des Bauvorhabens in Anbetracht der „turbulenten Marktsituation der Baubranche und der Preissteigerungen voraussichtlich mit erheblichen Mehrkosten verbunden“, teilen die Christ- und Sozialdemokraten sowie die Liberalen in ihrem Antrag mit: „Daher ist es geboten, das Projekt jetzt in die Wege zu leiten.“ Das bekräftigt auch Schulleiterin Engels: „Für uns ist es immens wichtig, dass es jetzt los geht.“

Der Vorstoß der Göttinger Politik findet breite Zustimmung: Der Göttinger Stadtelternrat begrüßt „ausdrücklich“ den Antrag. „Wir freuen uns, dass diese lange umstrittene Maßnahme, die zur Umsetzung des pädagogischen Konzeptes des OHG notwendig ist, jetzt endlich realisiert wird“, so das Statement des Stadtelternrats.

Für die FDP sei das Thema sogar so wichtig, dass man gleich zwei Anträge zur Ratssitzung mit beinahe identischem Wortlaut eingebracht hat, erklärt Fraktionschef Thorben Siepmann. „Wir haben über das Thema parallel mit CDU und SPD sowie den Grünen und der Volt- und Parteiratsgruppe gesprochen“, sagt er. Deshalb habe man sich entschlossen, beide Anträge zu unterstützen. „Das sieht erstmal merkwürdig aus“, gibt Siepmann zu, der aber davon ausgeht, dass beide Anträge in der Ratssitzung zusammengelegt werden.

Wir haben absolut immensen Bedarf und brauchen die vierte Etage.

Rita Engels, OHG-Schulleiterin